

gium selbst übernahm diese Aufgabe. Ungewöhnlich für ein Standgerichtsverfahren war, dass Ermittlungen des Gerichts an verschiedenen Orten durchgeführt wurden und mehrere Tage dauerten. Dabei wurden die Beweiserhebungen augenscheinlich als Teil der Hauptverhandlung gehandhabt – auch wenn nicht alle drei Standrichter gleichzeitig zugegen waren. Ebenso gelingt es dem Autor, die Atmosphäre rund um die Justizmorde begreifbar zu beschreiben.

Der Band enthält einen aufschlussreichen Dokumententeil. Aus rechtshistorischer Sicht ergiebig ist vor allem die Zusammenschau von eindeutig Verstrickten, Angehörigen der Opfer und einem hochrangigen Militär, der nach dem Krieg als Sachverständiger der Staatsanwaltschaft beigezogen wurde, um die mittlerweile eingeleiteten Strafverfahren gegen die Standrichter zu unterstützen. 1953 wurden die Ermittlungen eingestellt, die „Richter“ außer Verfolgung gesetzt – sie galten weder als Mörder noch als Rechtsbeuger oder Verbrecher gegen die Menschlichkeit. Allen Beteiligten ging es vor allem darum, rechtliche wie moralische Schuld von sich zu weisen und sie gegebenenfalls anderen zuzuschieben. Ein dem Standgericht als Berater beigeordneter Jurist wusste sich als Nebenbeteiligter darzustellen, der außerdem „schwere seelische Belastungen“ während des Standgerichtsverfahrens ausstehen gehabt habe.

Der Band enthält einige Fehlleistungen, die nicht außer Acht gelassen werden können. Noch eher belanglos nehmen sich dabei die beliebige Nutzung verschiedener Tempusformen oder ungenaue Zitierweisen aus. Insbesondere am Anfang des Buches wäre es wichtig gewesen, etwas über die Institution der Standgerichte an sich zu vermitteln. Diese Grundvoraussetzung findet sich leider auch an keiner anderen Stelle. Das Fehlen einschlägiger Werke zur Standgerichtsbarkeit der Wehrmacht erklärt wohl, warum der Autor eine militärisch verantwortliche Größe wie Feldmarschall Walter

Model milde als Person erscheinen lässt, die standgerichtlichen Verfahren skeptisch gegenübergestanden haben soll. Dabei handelte es sich bei Model um einen ideologisch agierenden Heerführer, der die juristischen Möglichkeiten des Standrechts gewissenlos nutzte.<sup>1</sup> Im Weiteren lässt der Text sprachlich zu wünschen übrig. Es finden sich Abschweifungen und Formulierungen, die der Umgangssprache zuzuordnen sind und mangelnde Distanz offenbaren. Dies ist Anlass, eine nötige Quellenkritik anzumahnen. Es mag noch angehen, die komplette Besetzungsliste von Hitlers Fahrkolonne zu rezitieren. Wenn aber davon die Rede ist, dass Hitler in „würdiger Form“ einen Orden verleiht oder eine Person ein „kompetenter Standrichter“ gewesen sei, dann handelt es sich um inakzeptable sprachliche und inhaltliche Entgleisungen. Diese irritierenden Beschreibungen von Verantwortlichen eines verbrecherischen Krieges stehen dem sachlichen Wert des Buches diametral gegenüber.

Peter Kalmbach

- 1 Vgl. etwa Manfred Messerschmidt, *Die Wehrmachtjustiz 1933–1945*, Paderborn u. a. 2005, S. 413.

THOMAS GROSSBÖLTING/RÜDIGER SCHMIDT (Hrsg.): *Gedachte Stadt – gebaute Stadt. Urbanität in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz 1945–1990*. Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2015, 344 S.



Entstanden ist der vorliegende Band aus Beiträgen und Diskussionen des 43. Frühjahrskolloquiums des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster im Jahr 2013, bei der *Thomas Großbölting* und *Rüdiger Schmidt*, beide vom Historischen Seminar der Universität Münster, als Veranstalter wirkten.

Das Buch offenbart: Die Stadtforschung ist in Bewegung. Entgegen dem zunächst nur historisch ausgerichteten Stadtpositivismus,

der ohne methodische Reflexion auskomme, wolle man mit dieser Publikation verschiedene Trends und Anfragen an den Status quo ausleuchten, wie die Herausgeber in der Einleitung schreiben. Was beispielsweise bedeutete „Stadt“ für die Stadtsoziologie und -forschung in den 1970er- und 1980er-Jahren im Unterschied zu heute? Was war die bundesrepublikanische Antwort auf die Stalinallee in Ost-Berlin? Wie verändern sich die lokalen Bezüge der Stadt gegenwärtig durch das Internet? Verliert sich die Stadt in den Strukturen von Mega- und Global-Cities? Und wie wird eigentlich zu „Stadt“ geforscht?

„Der Gegenstand des Urbanen löst sich mehr und mehr von den lokalen und räumlichen Bezügen. Es wird vor allem in der Stadt geforscht, aber nicht über die Stadt“, so Großbölting und Schmidt. An einer solchen Loslösung sind die Autoren und Autorinnen dieses Bandes jedenfalls nicht interessiert, vielmehr streben sie in ihren Beiträgen eine Neupositionierung der Stadtforschung an. So will man Stadt und Städte als „eigensinnige Gegenstände“ konzeptionalisieren und empirisch erschließen. Ziel des Projektes war es, den Zusammenhang von „gedachter Stadt“ und „gebauter Stadt“ aus einer deutsch-deutschen Perspektive aufzugreifen.

Im ersten Kapitel „Planungs- und Baugeschichte der Stadt in Ost und West“ fragt *Franz Berker*, ob der Sozialismus Raum für Urbanität gelassen habe. Die bürgerliche Stadtplanung, wie sie unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg von noch selbstverwalteten Kommunen mithilfe privat betriebener Architekturbüros betrieben werden konnte, war ab 1947 nicht mehr möglich. Als hochgradig politisch instrumentalisierter Bereich flimmerte der Städtebau fortan in einem ständigen Spannungsfeld zwischen der Planungshoheit der zentralen Planungsinstitutionen, den Ambitionen der Architekten und den sich wandelnden Leitbildern innerhalb der städtebaulichen und baupolitischen Programmatik im Realsozialismus.

Einer behutsamen Stadterneuerung stand in der DDR bald die immer drängendere Forderung zur Lösung des Wohnungsproblems gegenüber. Nicht mehr der „Neue Mensch“, sondern das „Neue Bauen“ wurde zur Notwendigkeit. Die Demontage der Utopie, die man einst noch durch die Errichtung der „neuen, modernen Stadt“ glaubte verwirklichen zu können, war offenkundig geworden.

*Thomas Großbölting* stellt in seinem Beitrag die Frage: Der Osten im Westen? Er schiebt hier die Parallelgeschichte beiseite und verweist auf zahlreiche gegenseitige Bezugnahmen zwischen städtebaulichen Erscheinungen in Ost- und Westdeutschland. Im Westen gab es ebenso Wohnungsprobleme, und so entstanden städtebauliche Besonderheiten wie die Sennestadt auf der Heide- und Wiesenlandschaft bei Bielefeld oder das Demonstrationsobjekt moderner Stadtplanung, das Hansaviertel in Berlin.

Wie sich die zu neunzig Prozent zerstörte Stadt Magdeburg im Prozess des Wiederaufbaus vom Ausgangspunkt einer Stadt entwickelte, die „die am nächsten zur Westgrenze gelegene Großstadt ist“ und deshalb „die weltverändernden Ideen des Marxismus-Leninismus in überzeugender Weise zum Ausdruck bringen muss“ – so der Wortlaut in einem Antrag, den die Bezirksleitung der SED, die Stadtleitung der SED und der Rat der Stadt Magdeburg im Mai 1968 beim Politbüro des Zentralkomitees der SED einreichte –, stellt *Rüdiger Schmidt* in seinem Beitrag „Magdeburg – Repräsentation im Wiederaufbau“ dar. *Lu Seegers* beschreibt in „Urbanität als Imagepolitik in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover in den 1960er und 1970er Jahren“ eine der ersten deutschen Stadtimagekampagnen.

In *Lena Kuhls* Beitrag zum „Städtebau in Ost und West am Beispiel Halle-Neustadt und Wulfen (1960–1983)“ stehen zwei Städte mit dem gemeinsamen Ausgangspunkt einer zukunftsweisenden Idealkonzeption im Vordergrund. Planungseuphorische Hoffnungen

und gesellschaftspolitische Leitbilder erlebten in beiden Fällen einen „Kollaps der Prämissen“. *Thomas Tippach* schildert anschließend die städtebauliche Praxis in Braunschweig in der Nachkriegszeit. Demnach strebte man für diese Stadt zunächst ebenfalls wie für die bei Kuhl behandelten Fälle an, sie solle als positives Beispiel für einen modernen Städtebau, als Inbegriff einer gegliederten, aufgelockerten Stadt gelten. Doch auch in Braunschweig wurde letztlich ein Konflikt zwischen Planungseuphorie und Pragmatismus offenkundig.

Die Überlegungen zur Hauptstadtwahl, Bonn oder Berlin, zeichnet *Dominik Geppert* nach. Dabei arbeitet er die architektonischen Vorbilder, die Symbolik und das politische und gesellschaftliche Selbstverständnis heraus, das in Architektur und Stadtplanung der gewählten Hauptstadt übersetzt werden wollte. Auch *Harald Bodenschatz* befasst sich mit Berlin – er stellt den Begriff des „Zusammenwachsens“ der Hauptstadteile nach 1989 infrage. *Beate Binder* untersucht in diesem Zusammenhang die Refiguration und Rezentrierung des Berliner Stadtraums sowie die Funktion Berlins als Hauptstadt und Symbol des Nationalen nach dem Umzug der Regierung. Einmal mehr im Zentrum steht Berlin in dem Kapitel von *Monica Riera* „Berlin in Post War Films“.

*Christoph Bernhardt* untersucht die sozialistische Stadt als Ort zwischen Herrschaft, Partizipation und Aneignung. *Christoph Lorke* fragt nach Mechanismen urbaner Segregation in Ost- und Westdeutschland. Dabei stellt er fest, dass die „problematischen Menschen“ der DDR zumeist in der aufgegebenen Altbausubstanz der alten Stadtzentren lebten, während es im Westen zumeist die Stadtrandsiedlungen waren, unter denen die Reputation der Bewohner litt. Im letzten Beitrag bricht *Thomas S. Carhart* eine Lanze für westdeutsche Bauträger und Immobilienmakler. Von „habgierigen Westdeutschen“ könne nach der Neuordnung der Eigentumsverhältnisse nach 1990 nicht die Rede sein,

ebenso wenig von flächendeckend regional entfremdetem Grundeigentum.

Die Unterschiedlichkeit der Forschungswege ist anregend, kurzweilig und instruktiv. Die Anordnung der Themenkomplexe in fünf Kapitel ist gut nachvollziehbar, der Vortrag der Forschungsthemen in den Beiträgen mehrheitlich konzise und das eingangs gestellte Ziel wird vollumfänglich erreicht.

*Kristin Vardi*

ESTHER MEIER: *Breschnews Boomtown. Alltag und Mobilisierung in der Stadt der LKWs*. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn u. a. 2016, 303 S.

Naberežnye Čelny (tatarisch: Jar Čally), ein Ort an den Ufern des Wolga-Nebenflusses Kama, war noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf kaum einer Landkarte verzeichnet. Demgegenüber ist die Geschichte des Ortes, der 1930 das Stadtrecht erhielt, auf engste Weise mit den überaus ambivalenten Dynamiken der (spät-)sowjetischen Moderne verwoben. Dementsprechend bietet sich die jüngste Vergangenheit als Paradebeispiel an, wenn es darum geht, die Verheißungen, Umbrüche und Enttäuschungen sowjetischer Großprojekte – aus lokaler Perspektive – in den Blick zu nehmen.

Den zwischenzeitlichen Gipfelpunkt stellte das Jahr 1982 dar, als die über 300 000 Einwohner zählende Stadt in Huldigung des unmittelbar zuvor verstorbenen Partei- und Staatsführers in Brežnev umgetauft wurde. Diese propagandistische Fußnote hat jedoch schon zum damaligen Zeitpunkt kaum Spuren in den Köpfen der Bewohner hinterlassen. Unter anderem aus diesem Grund fällt ein Urteil über die Charakteristiken der „Brežnev-Ära“ nach wie vor zwiespältig aus. Die Fachwissenschaft hierzulande ist jedoch mittlerweile an dem Punkt angelangt, den scheinbar monolithischen Gegensatz zwischen der Verklärung zum goldenen Zeitalter